Anhang

zur Stellungnahme des Regierungsrates des Kantons Solothurn zur Revision des Zivildienstgesetzes

1. Bemerkungen zum erläuternden Bericht zur Revision des Zivildienstgesetzes

1.1 Zu 1.1.1 Bst. b Der Anlass zur Revision: Worum geht es? (Seite 2)

Es handelt sich nicht um einen Vernehmlassungsentwurf für eine Revision des MG, sondern um die Vernehmlassung zur *Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee*.

1.2 Zu 1.1.3 Weiterer Handlungsbedarf, um die Zulassungszahlen zu senken? (Seite 5)

Unserer Ansicht wird bei der ersten Grafik ein falscher Zusammenhang zwischen den Zulassungen im Zivildienst und der Militärdienstuntauglichkeit suggeriert. Ein solcher Zusammenhang ist nicht erwiesen und kann zu falschen Schlüssen führen.

Bei der dritten Grafik werden einander unterschiedliche Zeitperioden gegenübergestellt und verglichen. Somit entsteht ein falsches Bild.

1.3 Zu 1.2.4 Die wichtigsten weiteren Revisionsvorschläge zur Optimierung des Vollzugs des Zivildienstes (Seite 8)

Wir lehnen die Öffnung des Bereichs Schulwesen für den Zivildienst ab und beantragen die Streichung der Bestimmung aus der Vorlage.

1.4 Zu 1.3 Begründung und Bewertung der vorgeschlagenen Lösungen (Seite 9)

Der dämpfende Einfluss auf die Zulassungszahlen ist infolge einer besseren Information anlässlich der Einführungstage nicht ersichtlich.

1.5 Zu 10 Beginn der Zivildienstpflicht (Seite 14)

Im erläuternden Bericht sollte die Militärverwaltung klarer bestimmt sein; konkret sind damit die kantonalen Militärverwaltungen gemeint.

1.6 Zu 3.1.1 Finanzielle Auswirkungen (Seite 24)

Die längere Dauer der Zivildienstpflicht ist eine Folge der Neuregelung der Militärdienstpflicht. Zudem ist fraglich, ob die Minderungseffekte der übrigen genannten Massnahmen empirisch überhaupt begründbar sind.

1.7 Zu 3.1.2 Personelle Auswirkungen (Seite 27)

Es erscheint irreführend, wenn ausgeführt wird, es seien keine exakten Prognosen möglich und gleichzeitig dennoch eine Annahme bezüglich der personellen Auswirkungen gemacht wird.

1.8 Zu 5 Rechtliche Aspekte (Seite 28)

Aufgrund der Auflockerung des Gleichwertigkeitsprinzips ist diesbezüglich die Verfassungskonformität dieser Vorlage zu hinterfragen.

2. Bemerkungen zur Änderung des Zivildienstgesetzes

2.1 Zu Artikel 3a Abs. 1 Bst. e

Wir beantragen die Streichung dieser Bestimmung, da die Motion 13.3062 vom Bundesrat am 29. Mai 2013 mit Verweis auf weitere Abklärungen zur Ablehnung empfohlen wurde und die Motion von den Räten noch nicht behandelt wurde. Es überrascht daher, dass dieses Anliegen ohne Bezugnahme auf diese angekündigten weiteren Abklärungen in diese Revision aufgenommen werden soll.

2.2 Zu Artikel 4 Abs. 1 Bst. b^{bis}

Wir beantragen die Streichung dieser Bestimmung.

2.3 Zu Artikel 4 Abs. 2^{bis}

Nach welchen Kriterien darf der Bundesrat Projekte und Programme festlegen? Insbesondere stellt sich die Frage, welche Einsätze ausserhalb der Projekte und Programme gemeint sind.

2.4 Zu Artikel 7 Abs. 3 Bst. c und d

Es ist wichtig, die Aufgaben der Armee und diejenigen des Zivildienstes klar zu definieren. Die beiden Aufgaben dürfen nicht miteinander vermischt werden. Zudem erscheinen die Aufgaben unter Bst. c und d für Zivildienstleistende mit Gewissenskonflikten eher als nicht durchführbar.

Wir beantragen, die Bst. c und d zu streichen.

2.5 Zu Artikel 7 Abs. 4 Bst. c und d

Es ist zu prüfen, ob die Kompetenzen unter Bst. c und d an den Bundesrat delegiert werden können.

2.6 Zu Artikel 10 Abs. 1

Wir begrüssen die Hervorhebung der kantonalen Militärverwaltung bezüglich der administrativen Abwicklung der Entlassung aus der Militärdienstpflicht sowie der Rückgabe der persönlichen Ausrüstung gemäss Art. 122 MG.

Aufgrund des Auftretens gewisser Komplikationen bei der Rückgabe der persönlichen Ausrüstung sowie aus sicherheitsrelevanten Gründen beantragen wir, Art. 10 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:

„...gleichzeitig erlischt die Militärdienstpflicht; die Pflicht zur Rückgabe der persönlichen Ausrüstung bleibt jedoch erhalten.“

2.7 Zu Artikel 11 Abs. 3 Bst. c

Die Bestimmung erscheint eher unbestimmt und sollte präzisiert werden.

2.8 Zu Artikel 17a

Es handelt sich entsprechend den Erläuterungen eher um einen Informationstag als um einen Einführungstag. Zudem erscheint die Frist von 3 Monaten eher lang. Eine Frist von 8 Wochen würde unserer Meinung nach ausreichen.

2.9 Zu Artikel 18

Wir lehnen den Systemwechsel, dass der Gesuchsteller sein Gesuch nicht mehr aktiv bestätigen muss, ab. Die Bestätigung wirkt als probates Mittel zur Senkung der Zulassungen. Zudem erscheint uns der bis anhin geltende Titel des Artikels „Entscheid“ für diesen Artikel geeigneter als der vorgeschlagene („Zulassung“).

2.10 Zu Artikel 18b Abs. 2

Einhergehend mit der Entlassung aus dem Militärdienst muss der Kommandant entsprechend darüber informiert werden. Der Absatz 2 sollte so formuliert werden, dass der Entscheid über die Zulassung zum Zivildienst sofort dem Kommandanten zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

2.11 Zu Artikel 26 Abs. 1

Es ist nicht klar, wieso nur Zivildienstleistende Anspruch auf rechtliche Beratung haben. Dies steht dem Prinzip der Gleichwertigkeit entgegen.

3 Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB)

Keine Bemerkungen.

4 Änderung des Militärstrafgesetzes (MStG)

Keine Bemerkungen.

5 Bundesgesetz über die Militärversicherung (MVG)

Keine Bemerkungen

03.12.2013